

Beschluss des Landrats vom 22.10.2026

Nr. 2028

10. Formulierte Gesetzesinitiative «Stärkung der beruflichen Orientierung: Praxisnahen Unterricht fördern»

2025/571; Protokoll: ps

Anna-Tina Groelly (Grüne), Präsidentin der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK), führt aus, die formulierte Gesetzesinitiative «Stärkung der beruflichen Orientierung: Praxisnahen Unterricht fördern» verlange mit einer Änderung des Bildungsgesetzes zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten für Organisationen der Arbeitswelt (OdA) im Berufswahlprozess der Sekundarschülerinnen und -schüler. Wirtschaftsorganisationen sollen verbindlich in die Erarbeitung von Lerninhalten im Bereich der beruflichen Orientierung einbezogen und Unterrichtsteile sollen durch Vertreterinnen und Vertreter aus der beruflichen Praxis bestritten werden.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die Initiative abzulehnen und ihr einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Mit dem Gegenvorschlag soll die Zusammenarbeit mit den OdA gesetzlich verankert werden, während die strategische Verantwortung für Lernziele und Lerninhalte beim Bildungsrat bleibt und die operative Koordination der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion zugewiesen wird. Zudem soll mit dem Gegenvorschlag eine gesetzliche Grundlage für finanzielle Beiträge an Dritte geschaffen werden.

Eintreten auf den Gegenvorschlag war in der Kommission unbestritten.

Eine klare Kommissionsmehrheit sprach sich für den Gegenvorschlag und die Ablehnung der Initiative aus: Der Gegenvorschlag verankert die bewährte Praxis gesetzlich, präzisiert die Rollen und gewährleistet eine ausgewogene, unabhängige und praxisnahe berufliche Orientierung. Die Kommission nahm einzig eine Ergänzung in § 85 Absatz 1 Buchstabe k des Gegenvorschlags vor, um dem Anliegen der Initiative, die OdA verbindlicher einzubeziehen, noch stärker Rechnung zu tragen.

Eine Kommissionsminderheit erachtete den Gegenvorschlag hingegen als unnötig: In den letzten Jahren sei im Bereich der beruflichen Orientierung schon viel passiert und der Gegenvorschlag ändere nichts an der bestehenden Praxis. Es sei Aufgabe des Landrats, die Gesetze schlank zu halten.

Die Kommission beantragt dem Landrat mit 11:1 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Initiative abzulehnen und den Gegenvorschlag anzunehmen. Das Initiativkomitee bestätigte gegenüber der BKSK, dass die Initiative zurückgezogen wird, wenn der Landrat den von der Kommission ergänzten Gegenvorschlag mit dem nötigen 4/5-Mehr annimmt.

– Eintretensdebatte

Peter Riebli (SVP) sagt, vorliegend gebe es ein gutes Beispiel, wie auf eine Initiative reagiert werden könne. In der Zeit zwischen der Lancierung der Initiative bis zur Diskussion in der BKSK geschah sehr viel. In den letzten Jahren fand eine grosse Entwicklung statt, die in die Richtung ging, wie sie die Initiative anstossen wollte. Mit der verbindlichen Regelung, die die Kommission in § 85 Absatz 1 Buchstabe k aufgenommen hat, wird die heute gelebte Praxis abgebildet. Damit ist sichergestellt, dass bei Personalwechseln in der Verwaltung nicht von diesem Prozess abgewichen wird. Die SVP-Fraktion unterstützt den Gegenvorschlag einstimmig.

Ernst Schürch (SP) führt aus, es handle sich um eine weitere formulierte Gesetzesinitiative der Wirtschaftskammer, die keinen Spielraum offenlasse und sprachlich ungenau und nicht sorgfältig formuliert sei. Um das zu erkennen, kann der Text der Initiative gelesen werden. Ihre Annahme würde dazu führen, dass ein Teil des Unterrichts von externen Personen aus den Organisationen

der Arbeitswelt übernommen würde. Um das umzusetzen, müssten die OdA über ausgebildete Lehrpersonen verfügen. Es wird bezweifelt, dass diese wirklich vorhanden sind. Zusätzlich würden die Organisationen der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Lehrpläne mitarbeiten und mitbestimmen. Die Lehrpläne sind und bleiben jedoch in der Hoheit des Bildungsrats. Die Wirtschaft ist bereits heute angemessen im Bildungsrat vertreten, nämlich mit drei von zwölf Mitgliedern. Zusätzliche Kompetenzen nur für die Wirtschaft sind nicht nötig und auch nicht zu begründen. Der Regierungsrat legt ausführlich dar, was heute gilt und welche Anstrengungen in der letzten Zeit unternommen wurden, um die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Wirtschaft zu stärken. Diese Entwicklung ist richtig und wichtig. Der Gegenvorschlag legt neue Aufgaben für den Bildungsrat und den Regierungsrat fest, um die Zusammenarbeit zwischen der Arbeitswelt und den Schulen zu fördern und zu regeln. Von dieser Zusammenarbeit werden die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschulen profitieren. Zudem kann der Regierungsrat künftig Beiträge an die OdA sprechen, um sie für ihren Aufwand zu entschädigen. Die SP-Fraktion stimmt dem Landratsbeschluss grossmehrheitlich zu. Die Initiative wird einstimmig abgelehnt und der Gegenvorschlag grossmehrheitlich angenommen. Gleichzeitig hofft die Fraktion, dass der Gegenvorschlag das qualifizierte Mehr erreicht und die Wirtschaftskammer die Initiative zurückzieht.

Thomas Eugster (FDP) sagt, die FDP-Fraktion lehne die Initiative ab und unterstütze den Gegenvorschlag einstimmig. Die Fraktion anerkennt, dass im Thema Berufsbildung in den letzten zwei Jahren sehr viel geschehen ist und möchte der Alt-Regierungsrätin Monika Gschwind danken, die viel dazu beigetragen hat. Die berufliche Orientierung ist ein zentrales Thema. Eminent wichtig ist, dass schlussendlich die richtigen Leute am richtigen Platz in der Arbeitswelt sind. Es ist zu hoffen, dass das 4/5-Mehr für den Gegenvorschlag erreicht wird.

Marc Scherrer (Die Mitte) gibt bekannt, dass die Mitte-Fraktion den Gegenvorschlag ebenfalls unterstützen werde. Etwas zur Historie der Initiative, die ein bisschen zu Unrecht schlecht geredet wird: Vor ein paar Jahren, im Zeitpunkt der Erarbeitung der Initiative, war die berufliche Orientierung in den Schulen noch nicht auf dem qualitativ hochwertigen Stand, auf dem sie heute ist. In den letzten zwei, drei Jahren geschah sehr viel. Die Zusammenarbeit der Sekundarschulen mit der Wirtschaft wurde intensiviert, die Laufbahnverantwortlichen wurden mit weiteren Kompetenzen ausgestattet, die Koordination wurde gestärkt und es wurde eine Doppelлекtion im Bereich der beruflichen Orientierung in der Sekundarschule beschlossen. In der längeren Zeit zwischen dem Einreichungszeitpunkt der Initiative und deren Beratung wurden einige Verbesserungen erzielt. Es ist trotzdem wichtig, dass die Zusammenarbeit im Gesetz verankert wird. Das wurde in der BSK des Öfteren diskutiert.

Zu Ernst Schürchs Aussage, es handle sich um eine schlecht formulierte Initiative: Das ist nicht der Fall. Es handelt sich um eine andere Perspektive auf das Thema als diejenige von Ernst Schürch. Es wurde klar, dass viel gegangen ist und dass der Gegenvorschlag gut ist. Das kann in einem demokratischen politischen Prozess geschehen. Nun liegt ein guter Gegenvorschlag vor. Die Wirtschaftskammer wird die Initiative zurückziehen und zugunsten des Gegenvorschlags votieren.

Andrea Heger (EVP) hält fest, bei der Grüne/EVP-Fraktion sei nicht gut angekommen, dass mit der Initiative gewissen Playern eine spezielle Rolle und ein besonderes Gewicht gegeben werden solle, obwohl sie bereits einbezogen seien. Die Fraktion begrüsst deshalb den Gegenvorschlag. Nicht alle erachten diesen als notwendig, da gewisse Punkte bereits so gelebt werden. Allerdings haben viele Verständnis dafür, dass diese Praxis auch in Zukunft bestehen bleiben soll. Die Berufsbildung ist ein wichtiges Thema. Grosse Fragezeichen bestehen, weshalb § 97 nötig sein soll. Es kann Gegenstimmen geben, aber eine Mehrheit der Fraktion trägt den Kompromiss mit, damit

die Zukunft der Berufsbildung gesichert ist. Ein Dank geht an die Initianten, dass die Initiative zurückgezogen wird.

Sabine Bucher (GLP) sagt, die GLP-Fraktion unterstütze den Gegenvorschlag und lehne die Initiative ab – aus den gleichen Gründen wie die BSKS. Es gibt sehr viele Initiativen, und die Bevölkerung sollte vor zu vielen Abstimmungen geschützt werden. Um die Bevölkerung nicht mit einer zusätzlichen Initiative zu belasten, soll der Gegenvorschlag unterstützt werden. Wird das 4/5-Mehr erreicht, wird die Initiative zurückgezogen. Es ist wichtig, dass die berufliche Orientierung, vor allem auf der Sekundarstufe, aber auch allgemein in der Volksschule, einen grossen Stellenwert hat. Die Rednerin hat dies bei ihren Kindern erlebt, die beide eine Lehre begonnen haben. In den Schulen wird viel getan, auch wenn es immer noch etwas von den Lehrpersonen abhängt. Man befindet sich auf einem guten Weg.

Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) verzichtet darauf, zu wiederholen, was bereits die Vorrednerinnen und Vorredner erwähnt haben. Auf zwei Dinge möchte der Redner aber noch hinweisen. Es trifft zu, dass im Bereich der beruflichen Orientierung in den letzten Jahren sehr viel gegangen ist und grosse Fortschritte erzielt wurden bezüglich der Instrumente, Gremien, Stellen und Anlässe. Auch in der Stundentafel gab es Änderungen mit dieser zweiten BO-Lektion. Es gibt aber noch zwei Lücken: Vieles basiert heute auf einer eingespielten Zusammenarbeit zwischen Playern, die sich kennen. Jedoch können die Player wechseln. Vieles basiert auch auf informellen Austauschgefässen, in denen der Kontakt gepflegt und nach Lösungen gesucht wird. Auch das ist abhängig vom guten Willen der Beteiligten. Der Gegenvorschlag versucht, die herrschende Praxis im Bildungsgesetz zu verankern, damit eine gewisse Stabilität erreicht wird.

Zweitens wurde sehr viel konzipiert und eingeführt, aber Marc Scherrer wird mit dem Redner einig darin gehen, dass noch nicht alles überall angekommen ist. Daran muss gearbeitet werden, um das gute Niveau flächendeckend zu erreichen, das in gewissen Sekundarschulen erreicht wurde. Das kann nicht mit einem Gesetz erreicht werden, sondern daran muss in der Verwaltung und primär in den Schulen und im Zusammenspiel mit den Organisationen der Arbeit gearbeitet werden, um flächendeckend eine gute Qualität zu erreichen. Insofern ist der Gegenvorschlag, wie er jetzt vorliegt und in einem guten Prozess zwischen Direktion, Kommission und auch Initianten erarbeitet wurde, gutzuheissen. Es würde den Redner freuen, wenn das 4/5-Mehr erreicht würde und die Initiative zurückgezogen werden könnte.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Erste Lesung Bildungsgesetz (Gegenvorschlag)*

Keine Wortmeldungen.

://: Die erste Lesung ist beendet.